

»Mein Kind bleibt zu Hause!«

Gründe der Nichtinanspruchnahme von Kindertageseinrichtungen

RENÉ BÖHME

René Böhme hat das Studium der Sozialarbeit und Sozialpädagogik an der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig mit einem Diplom abgeschlossen und dann ein Masterstudium Sozialpolitik an der Universität Bremen absolviert.
E-Mail: reneboehme@web.de

Entgegen der öffentlichen Wahrnehmung ist die Zahl von Kindern mit Migrationshintergrund, die nicht in einen Kindergarten gehen, gering. Dennoch können aus den Gründen für die Inanspruchnahme frühkindlicher Bildungsangebote lehrreiche Konsequenzen gezogen werden, wie eine Studie unter türkischen Migranten in Bremen zeigt.

Schlagzeilen wie »Migrantenkinder besuchen seltener einen Kindergarten« waren vor einiger Zeit häufiger zu lesen. Veröffentlichungen der Bertelsmann Stiftung (1) und des Statistischen Bundesamts (2), die den seit vielen Jahren in der empirischen Sozialforschung diskutierten Befund öffentlichkeitswirksam präsentierten, waren hierfür der Grund. In der Folge entbrannte eine lebhafte Diskussion um die Folgen und Konsequenzen der »Verweigerung« eines Kindergartenangebots und möglichen Strategien wie beispielsweise die Einführung einer Kindertagesstättenpflicht. Die Ursachen für die Nichtinanspruchnahme blieben weitgehend außen vor.

Der Grund hierfür scheint simpel: Die bisher vorliegenden Analysen können die Nichtinanspruchnahme der Kindertageseinrichtungen nur unzureichend erklären. Diese Tatsache nahm der Autor im Februar 2010 zum Anlass, eine auf türkische Zuwandererfamilien in Bremen beschränkte qualitative Untersuchung zu starten. Im Rahmen von halbstrukturierten Interviews mit Migrantinnen und Migranten türkischer Herkunft sollten mit Hilfe der qualitativen Inhaltsanalyse Begründungsmuster zur Erklärung der geringeren Betreuungquoten gewonnen werden, um im Anschluss mögliche Strategien zur Verbesserung der Partizipation von Kindern mit Migrationshintergrund in Kin-

dertagesstätten zu bewerten. Zuvor war der Bedarf einer solchen Betrachtung für Bremen durch eine Untersuchung von Bollinger/Steinhardt (3) aufgezeigt worden. Nachfolgend werden die wesentlichen Kernpunkte der Analysen zusammengefasst.

Zunächst versuchte der Verfasser, den quantitativen Datenbestand zur Nichtinanspruchnahme von Kindertagesbetreuung durch Familien mit Migrationshintergrund zu systematisieren. Die Erkenntnis war: Die Tatsache der geringeren Inanspruchnahme von Kindergärten durch Migranten wird bereits seit Mitte der 1980er Jahre wissenschaftlich diskutiert und ist keinesfalls so eindeutig, wie die mediale Diskussion vermuten lässt.

Vielmehr zeigen sich regionale, altersspezifische und herkunftslandabhängige Besonderheiten, die jedoch hier nicht detailliert erläutert werden können. Insgesamt ist aber zu konstatieren, dass die überwiegende Anzahl der Kinder mit Migrationshintergrund heute mit drei Jahren in einen Kindergarten integriert ist und dass derjenige Anteil des Nachwuchses von Zuwanderern, der nie eine vorschulische Einrichtung besucht, sehr gering ist.

Insoweit ist die öffentliche Debatte mit Schlagworten wie »Integrationsverweigerung« aus Sicht des Autors auch eine Scheindiskussion, die eine in den Ursachen weitgehend unbekannte und

keinesfalls eindeutige empirische Tatsache künstlich überhöht. Dennoch geben die Zahlen Anlass, intensiver darüber nachzudenken, mit welchen Strategien diese Kinder besser in die frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsangebote zu integrieren sind. Dazu ist jedoch die Kenntnis der Motive und Ursachen unabdingbar.

Im Zeitraum Juni bis Oktober 2010 führte der Autor daher neun Gespräche in Bremen durch. Bemerkenswerterweise waren keine Freiwilligen zu finden, welche vollständig auf institutionelle Betreuung verzichteten. Alle Befragten schätzten die Angebote sehr, kamen jedoch aus unterschiedlichen Gründen, die in der Gesamtschau deutlich weniger dogmatisch erscheinen als viele politische Diskussionen vermuten lassen, dazu, dass ihre Kinder erst im Alter von vier oder fünf Jahren eine Kindertagesstätte besuchen.

Aus den Beschreibungen ließen sich insgesamt sechs Typen von Begründungen identifizieren, die nachfolgend genannt sind. Strukturelle Probleme mit der Anzahl der vorgehaltenen wohnortnahen Plätze, hohe Elterngebühren sowie Differenzen in der Frauenerwerbstätigkeit unter Migrantinnen können dabei auch als Ansatzpunkte zur Erklärung der unterschiedlichen Betreuungsquoten in den Bundesländern gelten (vgl. Tabelle Seite 24).

Erster Grund: Fehlende Plätze in Wohnortnähe

Zuwandererfamilien entscheiden sich, ihre Kinder länger zu Hause zu betreuen, weil sie im direkten Wohnumfeld keinen Platz finden und weite Wege scheuen. Dieses Phänomen trat vielfach und stadtteilübergreifend auf und trifft insbesondere auf die ältesten Kinder einer Familie zu. Jüngere Geschwister besuchen in der Regel die gleiche Einrichtung und können durch den direkten Kontakt der Erzieherinnen und Erzieher zu den Eltern dann frühzeitig integriert werden.

Zweiter Grund: Ablehnung außerfamiliärer Kinderbetreuung

Eltern geben an, dass es für sie praktischer ist, ihr Kind nicht in eine Tageseinrichtung zu schicken, dass sie mehr gemeinsame Zeit mit ihrem Nachwuchs

verbringen wollen oder dass dieser noch nicht selbstständig genug für den Kindergartenbesuch ist. In diesem Zusammenhang ist vor allem die geringere Erwerbstätigkeit der Frauen zu benennen. Durch den Hausfrauenstatus ist es für viele Frauen bequemer, angenehmer und gehört ein Stück weit einfach dazu, sich länger um die eigenen Kinder zu kümmern als beispielsweise weite Wege, subjektiv wahrgenommene Risiken oder hohe Kosten in Kauf zu nehmen. Zudem spielt die mangelnde Erziehung zu Selbstständigkeit und das fehlende Zutrauen in das eigene Kind eine zentrale Rolle.

Dritter Grund: Informationsdefizite

Mütter führen aus, dass Unklarheiten bezüglich der Tagesbetreuung bestanden. Diese führten entweder zu Ängsten und Unsicherheiten, inwieweit das Kind im Kindergarten gut behandelt wird oder fehlenden Handlungskompetenzen bei der Suche nach einem Betreuungsplatz. Letztere treten wiederum verstärkt beim ersten Kind einer Familie auf. Schwierigkeiten bestehen dabei im frühzeitigen Nachfragen und im Umgang mit Ablehnung in den Einrichtungen.

Vierter Grund: Angst vor kultureller Entfremdung

Migrantenfamilien bevorzugen es, ihre Kinder länger zu Hause in der Muttersprache zu erziehen, weil sie fürchten, dass ein mehrjähriger Aufenthalt in der Kindertagesstätte ihre Kinder der heimatischen Identität beraube. Hier ergibt sich vor allem das Problem, dass Eltern eine Unvereinbarkeit im gleichzeitigen Erlernen der Sprachen empfinden: Statt frühzeitig sowohl Deutsch als auch die Muttersprache zu fördern, glauben sie, dass es ausreichend ist, dass die Kinder

zunächst bis zum vierten Lebensjahr Türkisch oder Arabisch in der Familie erlernen, um dann innerhalb von ein bis zwei Jahren in der Kindertagesstätte ein schuladäquates Deutschniveau zu erreichen.

Fünfter Grund: Kostenargumente

Vor allem gut verdienende Eltern im Alleinernährermodell scheuen aufgrund hoher finanzieller Belastungen die Inanspruchnahme von Kinderbetreuung. Diese Familien fordern ein flexibleres Berechnungssystem, das beispielsweise Kreditbelastungen berücksichtigt und nicht einseitig Geringverdiener und Sozialleistungsempfänger bevorteilt. Eine absolute Gebührenfreiheit wird hingegen nicht favorisiert. Die Gewährung eines kostenlosen Mittagessens kann sich vor allem in Bezug auf sozioökonomisch benachteiligte Milieus als Türöffner in die Einrichtungen erweisen.

Sechster Grund: religiöse Vorbehalte

Die Sorge vor einer religiösen Entfremdung hindert Familien daran, ihren Nachwuchs in christlichen Einrichtungen anzumelden. Dagegen loben viele Befragte ausdrücklich die Rücksicht

»Das Angebot eines kostenlosen Mittagessens im Kindergarten kann sich als hervorragender Türöffner erweisen«

auf religiöse Bedürfnisse in Bezug auf die Essenangebote oder die Feiertage der Heimatkultur. Jedoch waren unter den Interviewten keine in starkem Maß in islamischen Gemeinden eingebundenen Personen und die entsprechenden Institutionen in Bremen lehnten einen Kontakt ab.

Die genannten Typen von Ablehnungsgründen haben keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder Repräsentativität, sie spiegeln lediglich ein erstes Meinungsbild wider. Dieses ist jedoch aus Sicht des Verfassers aufgrund der bisherigen mangelhaften qualitativen Daten-

lange ein wichtiger Schritt. Daher gilt es, an diesen Ergebnissen anzusetzen und weitere lokale Interviewerhebungen durchzuführen, um die genannten Motive hinsichtlich ihrer Bedeutung zu überprüfen.

Neben diesen fachwissenschaftlichen Konsequenzen lassen sich aus den Ergebnissen auch Schlüsse in Bezug auf die Strategien zur Erhöhung der migrationsspezifischen Betreuungsquoten ziehen.

Erste Konsequenz: Kindergartenpflicht

Dabei sei zunächst darauf hingewiesen, dass die vielfach geforderte Kindergartenpflicht aus der Sicht des Verfassers weder ein hinreichend rechtlich umsetzbares noch ein für die Praxis geeignetes Instrument darstellt. Schwierigkeiten ergeben sich dabei zum einen mit dem im Grundgesetz garantierten Primat der elterlichen Erziehung und zum anderen würde ein solches Vorhaben an der Umsetzung beispielsweise in Form von Zwangsmitteln oder einem fehlenden kommunalen Platzangebot scheitern. Zudem entspricht eine solche Maßnahme nicht dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Daher sind mildere Mittel zu wählen, die geeignet sind, denselben Zweck zu erreichen.

Zweite Konsequenz: Kostenfreiheit

Zu nennen wäre da beispielsweise eine Flexibilisierung der Gebühren für die Kindertagesstätte. So ist durch die Vielzahl an kommunalen Regelungen und Landesgesetzen ein undurchsichtiges System entstanden, was von Eltern kaum mehr nachzuvollziehen ist. Wie ist es zu rechtfertigen, dass ein nur wenige Kilometer entfernter Wohnort massive Auswirkungen auf die Höhe der Kosten für einen Betreuungsplatz hat? Die Ergebnisse der Interviews sprechen aus Sicht des Autors für ein bundesweit garantiert kostenfreies erstes Betreuungsjahr und im Anschluss für eine dynamische Regelung je nach Einkommen der Eltern, die jedoch finanzielle Belastungen der Familien berücksichtigt, so dass Kinder, deren Eltern beispielsweise in eine eigene Immobilie investiert haben, nicht aus diesem Grund auf einen Kindergartenbesuch

| Bundesland | Quote für unter 3-Jährige | | Quote für 3- bis 6-Jährige | |
|---------------------|---------------------------|----------------------------|----------------------------|----------------------------|
| | mit Migrationshintergrund | ohne Migrationshintergrund | mit Migrationshintergrund | ohne Migrationshintergrund |
| Baden-Württemberg | 11,3 | 18,3 | 94,5 | 96,5 |
| Bayern | 9,4 | 18,6 | 72,3 | 96,8 |
| Berlin | 28,2 | 50,3 | 83,5 | 101,9 |
| Brandenburg | 16,7 | 51,9 | 53,1 | 100,0 |
| Bremen | 8,7 | 17,4 | 81,9 | 93,1 |
| Hamburg | 14,5 | 34,1 | 78,7 | 84,0 |
| Hessen | 10,0 | 20,2 | 87,4 | 95,8 |
| Niedersachsen | 6,1 | 14,4 | 75,6 | 93,2 |
| Nordrhein-Westfalen | 7,3 | 14,5 | 89,3 | 92,5 |
| Rheinland-Pfalz | 12,0 | 20,3 | 91,7 | 98,9 |
| Saarland | 11,1 | 16,4 | 82,1 | 99,7 |
| Sachsen | 12,6 | 43,7 | 72,1 | 97,2 |
| Schleswig-Holstein | 6,6 | 17,0 | 67,7 | 90,8 |
| Thüringen | 12,0 | 46,8 | 51,0 | 101,0 |

Die migrationsspezifischen Betreuungsquoten für unter dreijährige Kinder sind in Deutschland von Bundesland zu Bundesland sehr unterschiedlich.

Quelle: Böttcher/Krieger/Kolvenbach, 2010, S. 161 f.

verzichten müssen. Argumente für eine absolute Kostenfreiheit lassen sich in den Interviews nicht finden. Stattdessen sollte das kostenlose Mittagessen, was in Bremen bereits Standard ist, auch bundesweit der Maßstab sein. Zuweisungen in Form von Sachleistungen für Ausflüge oder Materialien, wie derzeit vielfach diskutiert, können Barrieren für Geringverdiener reduzieren.

Dritte Konsequenz: Ausbau des Platzangebots

In Bezug auf die Angebotsstrukturen sei darauf hingewiesen, dass die Zahl an wohnortnah verfügbaren Betreuungsplätzen nicht ausreichend ist. Diese müssen angesichts der Gewissheit, dass Migranten weite Wege scheuen, mehr im direkten Wohnumfeld von Zuwandererfamilien vorgehalten werden, so dass auch flexibel innerhalb eines Jahres neue Kinder aufgenommen werden können. Hier liegt möglicherweise ein zentraler Grund für die Unterschiede in den migrationsspezifischen Betreuungsquoten innerhalb der Bundesländer vor. Des Weiteren muss der Zugang zu den

Einrichtungen niedrigschwelliger und die pädagogische Praxis stärker an interkulturellen Maßstäben ausgestaltet werden. Als Beispiele seien genannt, dass Kindertagesstätten die Mütter verstärkt einbeziehen und die Kinder auch in der Muttersprache fördern sollten. Die Kinder- und Familienzentren sowie die Häuser der Familie scheinen dem Autor dabei ein geeignetes Mittel, um die Zielgruppe besser zu erreichen.

Vierte Konsequenz: Elternbildung

Ein zentraler Punkt bleibt die Elternbildung. Hier müssen die frühkindlichen Bildungsprozesse beispielsweise in Multiplikatorenprojekten den Familien besser erläutert werden, vor allem in Hinblick darauf, dass eine Zweisprachigkeit dann am besten gelingt, wenn das Kind von früh an, sowohl Deutsch als auch die Muttersprache lernt und beide Sprache im Alltag der Familie eine Bedeutung haben. Zudem ist der Aspekt des Zutrauens in die Kinder und die Erziehung zu Selbstständigkeit zu thematisieren. Auch auf eine Überfrachtung der Einrichtungen mit eigenen Erwartun-

gen und die Verantwortung der Familie für das Erlernen der deutschen Sprache ist hinzuweisen. Allerdings muss bei aller Euphorie eines beachtet werden: Tradierte Rollen- und Familienbilder, welche über viele Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte das Leben der Menschen bestimmten und die Rolle der Frau überwiegend als Mutter und Fürsorgerin der Kinder beschreiben, lassen sich nicht innerhalb kurzer Zeiträume mit Maßnahmen der Elternbildung verändern. Hier sind auch bei einigen (türkischen) Zuwanderern noch langfristige Umdenkprozesse erforderlich, die selbst in vielen (westdeutschen) Familien noch stattfinden oder erst vor wenigen Jahren abliefen. Der frühzeitige Kindergartenbesuch darf nicht als ein Abschieben der Kinder gelten und mit negativen Assoziationen wie »Verlust an elterlicher Wärme und Liebe« oder »Rabenmutter« in Verbindung zu bringen sein. Eine zentrale Rolle hat hierbei die berufliche Bildung und Integration von Migrantinnen. Nur wenn den Frauen eine sinnvolle Alternative zur Familienarbeit zur Verfügung steht, kann es gelingen, eine Vielzahl an Kindern mit Migrationshintergrund im Alter von unter drei Jahren in eine Kindertagesbetreuungseinrichtung zu integrieren und ihnen so vielleicht ein Stück mehr Chancengleichheit zu eröffnen. ■

Anmerkungen

- (1) Bock-Famulla, Kathrin/Große-Wöhrmann, Kerstin. 2010: Ländereport Frühkindliche Bildungssysteme: Transparenz schaffen – Governance stärken. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- (2) Böttcher, Annika/Krieger, Sascha/Kolvenbach, Franz-Josef. 2010: Kinder mit Migrationshintergrund in Kindertagesbetreuung. In: Bundesamt für Statistik Wiesbaden (Hg.): Wirtschaft und Statistik 2/2010, S. 158–164.
- (3) Bollinger, Doris/Steinhardt, Björn. 2010: Teilhabe von Kindern mit Migrationshintergrund an Angeboten der frühkindlichen Bildung in Kitas am Beispiel Bremen. In: Kita aktuell ND 4/2010, S. 86–90.

Themenhefte der Blätter der Wohlfahrtspflege

Kindertagesstätten

Betreuung, Bildung, Erziehung – die Qualität und ihr Preis
Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2008

Jugendsozialarbeit

Der Auftrag ist die persönliche, soziale und berufliche Förderung junger Menschen – Das Ziel ist Gesellschaftsfähigkeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2008

Wohlfahrtsverbände

Produktionsauftrag: zivilgesellschaftlicher Mehrwert
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2008

Islam

Kritische Kooperation erwünscht: Muslimische Vereine als Partner in der Sozialen Arbeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2008

Pflegeversicherung

Fünf Fragen an die Pflege der Zukunft: Who cares? Wie Unterstützung und Kooperation gestalten? Wie Teilhabe sichern? Wie finanzieren? Was macht gute Pflege aus?
Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2008

Corporate Citizenship

Gute Geschäfte: Die Renaissance unternehmerischen Engagements
Kooperationen sind Tauschgeschäfte: Wie man Unternehmen als Partner gewinnt
Pflegeversicherung
Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2008

Aspekte kommunaler Versorgung

Die Zukunft der Kommune: weniger, älter, bunter
Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2009

Forschung

Wissen generieren für die Theorie und für die Praxis Sozialer Arbeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2009

Verbraucherschutz

Vom Klienten zum Kunden – Konsequenzen für soziale Dienste und Einrichtungen
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2009

Recht

Fachkräfte Sozialer Arbeit als Experten für soziales Recht
Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2009

Rechtsextremismus

Freie Wohlfahrtspflege gegen pädagogische und soziale Bestrebungen rechtsextremer Organisationen
Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2009

Gesundheitsschutz

Befähigung zur Gestaltung gesunder Lebenswelten
Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2009

Ethik

Soziale Gerechtigkeit als Grundlage der Profession Sozialer Arbeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2010

Armutsberichterstattung

Was mit dem ersten Armutsbericht von 1989 angestoßen wurde – und was immer noch nicht erreicht ist
Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2010

Beschäftigungsförderung

Das Arbeitsleben mit Lebensarbeit verbinden und Verwirklichungschancen mehren
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2010

Zentren und Netze der Kompetenz

»Nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiten«
Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2010

Familienförderung und Kinderschutz

Die Förderung menschlicher Beziehungen als Aufgabe von Wohlfahrt
Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2010

Corporate Governance

Soziale Dienste und Einrichtungen gut und richtig führen
Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2010

Care

Sorge mit Aussicht – der private Haushalt und die Soziale Arbeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2011

Soziale Daseinsvorsorge

Kommunen zwischen Haushaltskonsolidierung und ihren Aufgaben als Koordinator lokaler Arrangements
Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2011

Generalisierung vs. Spezialisierung

Die soziale Profession braucht Einheit in Vielfalt
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2011

Quartiersmanagement

Partizipation als Gewinn für alle
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2011

Innovationen

Zwischen Reformstau und Reformmüdigkeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2011

Neuer Wohlfahrtsmix

So viel Nachbarschaft wie möglich, so viel professionelle Hilfe wie nötig
Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2011

Der Jahresbezugspreis beträgt 74,- Euro (für Studierende und arbeitslose Bezieher auf jährlichen Nachweis 37,- Euro). Die Einzelhefte können zum Preis von 16,- Euro zuzüglich Versandkosten und Mehrwertsteuer bezogen werden.

Nomos Verlagsgesellschaft, Postfach 10 03 10, 76484 Baden-Baden, Telefon 07221 2104-0, Fax 07221 210427, E-Mail Nomos@nomos.de, Internet <http://www.nomos.de>

»Aus seiner Individualität kann keiner heraus.«

Arthur Schopenhauer, deutscher Philosoph (1788–1860)

»Das Leben hat nicht mehr Wert, als wir ihm geben.«

Ludwig Anzengruber, österreichischer Schriftsteller (1839–1889)

»Der einzige Mensch, der sich vernünftig benimmt, ist mein Schneider; er nimmt jedes Mal neu Maß, wenn er mich trifft, während alle anderen immer die alten Maßstäbe anlegen, in der Meinung, sie passten heute noch auf mich.«

George Bernard Shaw, irischer Schriftsteller (1856–1950)

»Das gute Leben ist nur eines mit anderen.«

Heiner Hastedt, deutscher Philosoph (geb. 1958)

»So etwas wie ›Gesellschaft‹ gibt es gar nicht; es gibt Männer und Frauen und Familien.«

Margret Thatcher, britische Politikerin (geb. 1925)

»Die Gesellschaft besteht nicht aus Individuen, sondern drückt die Summe der Beziehungen, Verhältnisse aus, worin diese Individuen zueinanderstehn.«

Karl Marx, deutscher Philosoph und Politiker (1818–1883)

»Wir haben die Erfahrung gemacht, dass russisch sprechende, in Russland geborene Deutsche, den hessisch sprechenden, in Deutschland geborenen Türken erklären wollen, wem dieses Land eigentlich gehöre und wer hier zu bestimmen habe.«

Thomas Dilger, Geschäftsführer der Nassauische Heimstätte Wohnstadt